

Berlin, Donnerstag,

Die Zeitung erscheint in der Woche
zweimal.

Bezugs-Preis:

vierteljährlich
für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Postlohn,
für ganz Deutschland 8 Mk.
Oesterreich 13 Kr. 82 Hll., Rußland
4 Rub. 55 Kop., Holland 7 fl. 50 Gld.

Für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-
Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen
für England in London bei
Jing. Siegle 30 Rine Street E.C. und
Cowie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Berliner Börsen-Beitung.

Befellungen werden angenommen
bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

den 2. Juni 1910.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Vordrings-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Pichungslisten der

Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungs-Tabellen

mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische
Uebersichten.

Infections-Gebühr:

Die vierteljährliche Seite 50 Pf.
Restanteil 1 Mt.

Telegramm-Adresse:
Börsenkrone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Inserate: In der Expedition.

Preisprophet:
Amt I, Nr. 243.

Dom Tage.

Im Weißen Saale des Königl. Schlosses fand gestern abend Paradeball statt. Danach begab sich das königliche Königspaar nach dem Leichter Bahnhof, von wo die Abreise nach Brüssel erfolgte.

Die französische Deputiertenkammer hielt gestern ihre erste Sitzung ab und wählte mit 332 Stimmen für die Tagung bis zu den Ferien Briffon zum Präsidenten.

In Ungarn waren bis gestern abend 9 1/2 Uhr gewählt 102 Mitglieder der Nationalen Arbeitspartei, 18 Christlichpartei, 10 Sozialpartei, 2 liberale Volkspartei, 12 parteilose 67er, 4 parteilose 48er, 2 Demokraten und 3 Vertreter der Nationalitäten.

Nach dem vorläufigen Ergebnis der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreis Jauer-Bolkowin-Landeslut wird Sitzwahl zwischen Wächtermann (Sp.) und Prohl (Soz.) stattfinden.

Staatsbürgerliche Erziehung.

Der Ruf nach staatsbürgerlicher Erziehung ist zum Schlagwort in der Pädagogik wie in der Politik geworden. Nicht daß diese Forderung etwa an und für sich neu wäre. Alle großen Pädagogen haben ja stets das Hauptziel in ihr Erziehungsprogramm aufgenommen, den jungen Menschen zum brauchbaren Erdenbürger heranzubilden, ein allgemeines Ziel, das die Heranbildung zum Staatsbürger natürlich in sich faßt. Aber unsere Forderung will auf ein bestimmteres Ziel hinweisen, auf die Befestigung eines Mangels, der sich mit der Zeit immer fühlbarer bemerkbar macht. Es geht nicht um die Befestigung eines Mangels an dem, was man politische Bildung nennen könnte. Dieser Mangel an Einsicht in das Wesen des Staates, der Rechte und Pflichten eines Staatsbürgers tritt unendlich oft guttun. Bei Vätern, bei politisch und volkswirtschaftlich bewegten Zeiten, bei Sensationsfällen im Gebiet der Schule, des Gerichts oder anderer Gebiete zeigt sich dieser Mangel immer wieder auf. Es zeigt sich immer und immer wieder die auffallende Erscheinung, daß so viele das Haus, in dem sie wohnen, gar nicht kennen.

Und doch ist diese Kenntnis der heimischen staatlichen Verhältnisse bei jedem, der das öffentliche Leben mit Verständnis und Teilnahme verfolgen will, durchaus notwendig. In einem Reiche, wo das allgemeine Wahlrecht gilt oder erstrebt wird, muß jeder berechtigte Wähler auch ein gewisses Maß von politischer Bildung besitzen. Und wenn es bei vielen Erwachsenen heute damit noch hapert, so ist es eben doppelt notwendig, den Mangel wieder gut zu machen. Aus diesen Tatsachen und Erwägungen heraus ist eben der Ruf nach vermehrter staatsbürgerlicher Erziehung geboren worden, und der Nachdruck, der ihm auferlegt worden ist, weist nur darauf hin, wie tief der Mangel gefühlt wird.

An dem erwachsenen Geschlecht wird in dieser Beziehung nicht mehr viel zu hoffen sein, aber an der Jugend wird der Hebel angelegt werden müssen, um eine politisch höher stehende zukünftige Generation zu schaffen. Nun kann man nicht behaupten, daß unsere Schule diese Aufgabe bisher gänzlich vernachlässigt hätte, aber sie muß eben in diesem Punkte noch mehr tun als bisher. Man hat nun in unseren Tagen viel von der Einführung eines besonderen Faches, der sogenannten Bürgerkunde, gesprochen. Das dürfte aber kaum notwendig sein und kaum möglich; denn wo sollte die Zeit für ein neues Fach herkommen, da unsere Lehrpläne ohnehin schon reichlich vollgepackt sind? Die vermehrten Belehrungen über unser Staatswesen werden vielmehr am besten dem Geschichtsunterricht, in dem sie nach ihrem Wesen auch gehören, zugewiesen sein. Natürlich kommen dafür auch nur die Oberklassen in Betracht, wo die Schüler

bereits eine gewisse Reife erlangt haben. Und auch hier können sie nur Platz finden, wenn manches andere aus dem Stoffplan verschwindet. Würde dieser einmal so revidiert, daß alles das daraus entfernt würde, was keinen Wert für die Lebensfähigkeit des Menschen hätte, so bliebe vollauf Zeit übrig, um die Belehrungen staatsbürgerlicher Natur bedeutend zu vermehren. Vorläufig müßte aber der Geschichtsunterricht beschnitten werden und zwar die politische Geschichte. Die Kriegsgeschichte könnte stofflich noch viel mehr beschränkt werden und damit wäre schon recht viel für den neuen Unterricht gewonnen. Auch der Deutsch- und Geographie-Unterricht könnte mehr als bisher für die neuen Stoffe fruchtbar gemacht werden.

Ganz besonders sollte aber hierbei an die Fortbildungsschulen, die natürlich überall, auch in rein ländlichen Verhältnissen, obligatorisch sein müßten, gedacht werden. Denn hier hat man es mit Schülern zu tun, die eine höhere Reife besitzen und die auch den politischen Vorgängen schon mehr Interesse entgegenbringen. In diesen Schulen wäre es auch durchaus empfehlenswert, auf allen Stufen eine besondere Stunde für Staats- oder Bürgerkunde anzusetzen, an Stoff für diese Lektionen würde es wahrlich nicht mangeln. Dasselbe gilt für die höheren Schulen. Denn auch den Abiturienten der höheren Lehranstalten mangelt es häufig an politischer Bildung. Es kommt häufig genug vor, daß sie besser Bescheid wissen in der Geschichte der alten Völker als in der ihres eigenen Landes. Das moderne staatliche Leben ist ja auch bei weitem komplizierter geworden, als das der alten Zeit war, und die Belehrungen, die bisher in der Schule gegeben wurden, genügen durchaus nicht, um in dem heranwachsenden Menschen die notwendige Einsicht herbeizuführen. Wenn daher der Ruf nach vermehrter staatsbürgerlicher Belehrung, die eben eine Einführung in alle bestehenden Verhältnisse ins Auge fassen muß, immer eindringlicher erklingt, so wollen wir ihn durchaus freudig begrüßen. Hier haben wir wirklich einen Stoff vor uns, der einmal dem Leben dient.

Freilich muß gerade dieser Unterricht mit einem gewissen Takt erteilt werden. Vor allen Dingen muß sich der Lehrer hüten, parteiisch zu werden und etwa im Dienste einer bestimmten Partei wirken zu wollen. Es wäre nichts verkehrter und verwerflicher, als schließlich den bösen Partisanen in die stille Arbeit der Schule zu tragen, die Jugend nach irgend einer Parteirichtung hin zu beeinflussen. Was gelehrt werden soll, das sei rein sachlich, das sei das Gewordene, das Tatsächliche, das Unumstößliche. Es ist zunächst genug, daß der junge Mensch damit vertraut werde. Seine eigene Sache ist, zu diesen Tatsachen später eine eigene, persönliche Stellung einzunehmen. Erstrebt soll zuerst eine gewisse bürgerliche Reife werden, die aus der eigenen Einsicht hervorgeht, und die eigene Einsicht und Ansicht ist es eben, die heute noch so vielen Deutschen vollständig abgeht.

Der Begriff der staatsbürgerlichen Erziehung erstreckt in unseren Tagen eine Wandlung; man erweitert ihn wieder und faßt das in ihm zusammen, was er ja auch eigentlich sagen will. Ein tüchtiger Staatsbürger sein, das heißt Lebensfähigkeit besitzen, seine Stellung in der Familie, in der Gemeinde, in besonderem Beruf, als Einzelwesen und als Glied der Gattung ausfüllen. Freilich wollen wir uns auch mit dieser Bedeutung des Begriffs befremden, noch der alle Glieder des Staates so möglich tüchtigen „Kulturträger“ erzogen werden sollen, aber bei diesem allgemeinen und Endziele dürfen die Einzelziele nicht übersehen werden und eins davon heißt eben staatsbürgerliche Einsicht und staatsbürgerliche Belehrung.

Telegramme.

Wien, 1. Juni. (G. T. C.) Der Finanzausschuss wählte ein 26gliedriges Subkomitee, welches Referenten für die einzelnen Steuerentwürfe der Regierung bestellt hat.

Terzajewo, 1. Juni. (G. T. C.) Bei dem gestrigen Empfang des Offizierskorps im Regierungsgebäude richtete Kaiser Franz Josef folgende Ansprache an die Offiziere: Es gerät mir zur hohen Befriedigung, Sie hier am mich versammelt zu sehen. Sie erscheinen als Vertreter meiner braven Truppen, welche diesem Lande die Sicherheit nach außen und die friedliche Ruhe im Innern gewährleisten. In Hochachtung Ihrer militärischen Berufspflichten haben Sie sich nicht allein Ihrem engeren Dienste hingeeben, Sie haben auch emsig zugegriffen, wo es galt, dem öffentlichen Wohle förderlich zu sein. Mit freudigem Stolz darf das Heer zurückblicken auf seine 32jährige Tätigkeit in Bosnien, welche ich mit warmem Danke und mit dem Wunsch anerkenne, daß der Geist, der Sie befehlt, fortleben möge zur Ehre und zum Wohl der Völkermacht.

Nach der heutigen Truppenreue kulbte die Jugend von Serajewo dem Kaiser. Tausende von Kindern in feierlichen Kleidern, viele in Landesstrich, zogen in Reihen zu hundert unter Musik und Bläsern an dem Kaiser vorbei. Die Anrede, die den Kaiser tief rührte, schloß damit, daß etwa 200 Knaben und Mädchen die Volkshymne sangen.

Terzajewo, 1. Juni. (G. T. C.) Die Eröffnung des bosnischen Landtages ist auf den 15. Juni festgesetzt worden.

Kopenhagen, 1. Juni. (G. T. C.) Ministerpräsident Zahle äußerte einem Vertreter des Mikauischen Bureaus gegenüber, daß das Ministerium sein Entlassungsgesuch erneuern werde, sobald der Reichstag, nachdem das Urteil des Reichsgerichts in dem Verfahren gegen den früheren Ministerpräsidenten Kristiansen und den früheren Minister des Innern Berg ergangen sein werde, einberufen worden sei.

Kopenhagen, 1. Juni. (G. T. C.) Das Mikauische Bureau teilt mit: Da unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen die Bildung eines neuen Kabinetts als Schwierigkeiten gestiftet ist, hat der König heute den Ministerpräsidenten Zahle aufgefördert, die Demission des Ministeriums zurückzugeben, was darauf geschah.

Paris, 1. Juni. (G. T. C.) Die neue Kammer hielt heute nachmittags unter dem Vorsitz Raffys als Alterspräsidenten ihre erste Sitzung ab, in der man sich zunächst mit der Bildung des Bureaus beschäftigte. Die Abgeordneten waren sehr zahlreich erschienen.

Paris, 1. Juni. (G. T. C.) Die Deputiertenkammer hat mit 332 Stimmen für die Tagung bis zu den Ferien Briffon zum Präsidenten gewählt. Der Senat hat heute seine Arbeiten wieder aufgenommen.

Paris, 1. Juni. (G. T. C.) Die Kammer wählte zu provisorischen Vizepräsidenten den Links-Republicaner Etienne mit 319 und den Sozialistisch-Radikalen Verteaux mit 296 Stimmen.

Paris, 1. Juni. (G. T. C.) Der „Agence Habas“ wird aus Kanea gemeldet: Die Antwort der freisinnigen Regierung auf die Note der Konjunktionsfrage der freisinnigen Frage ein anderes Aussehen geben zu sollen. Es handelt sich nicht mehr um die Zulassung der unheimlichen Abgeordneten zur Nationalversammlung ohne die Einverständnis, da man hier eine bestimmte Regelung der Stellung der Insel wünscht. Die Mächte werden sich daher verständigen müssen, um an das Problem als solches heranzutreten, und die Initiative der provisorischen Regierung wird in europäischen Kreisen nicht als geeignet angesehen, eine Verhütung zu erleichtern.

Tanger, 1. Juni. (G. T. C.) (Melbung der „Agence Habas“.) Das diplomatische Korps, das dem Sultan den 1. Juni als Frist für den Beginn der Tätigkeit der Schuldkommission gesetzt hatte, hat von El Guebba ein Schreiben erhalten, in dem er mitteilt, daß er von Fez keine Instruktionen erhalten habe, die ihm gestattet, in dieser Beziehung etwas zu tun. Der ganze Vorfall sei von heute ab der Verwaltung der marokkanischen Angelegenheiten, da alle Einnahmen als Garantie für die neue Anleihe in Betracht kämen.

(Siehe auch in der II. und III. Beilage.)